

HIRZEL

JAHRBUCH ÖKOLOGIE

Lob der Vielfalt



Lob der Vielfalt

DAS JAHRBUCH ÖKOLOGIE

- informiert über die ökologische Situation und die Belastungstrends in den verschiedenen Bereichen der natürlichen Umwelt
- analysiert die staatliche und internationale Umweltpolitik
- bringt einen Disput zu einem wichtigen umweltpolitischen Thema
- dokumentiert historisch bedeutsame, umweltbezogene Ereignisse und Initiativen
- beschreibt positive Alltagserfahrungen und entwirft Visionen für eine zukunftsfähige Welt
- wendet sich an eine sensible Öffentlichkeit, die sich der Umweltkrise bewusst ist und nach tragfähigen Alternativen im Umgang mit der Natur sucht
- ist einem breiten Ökologiebegriff verpflichtet, der im Alltag verankert ist und das Verhältnis von Mensch und Natur, von Gesellschaft und Umwelt umfasst.

BEIRAT

Christine Ax, Hamburg; Thea Bauriedl, München; Jan C. Bongaerts, Freiberg; Paul J. Crutzen, Mainz; Hartmut Graßl, Hamburg; Rainer Grießhammer, Freiburg; Gjalt Huppel, Leiden; Martin Jänicke, Berlin; Ruth Kaufmann-Hayoz, Bern; Stephan Kohler, Berlin; Jobst Kraus, Bad Boll; Hans-Jochen Luhmann, Wuppertal; Barbara Mettler-von Meibom, Essen; Klaus M. Meyer-Abich, Hamburg; Benno Pilardeaux, Berlin; Werner Schenkel, Berlin; Walter Spielmann, Salzburg; Michael Succow, Greifswald; Barbara Unmüßig, Berlin; Christine von Weizsäcker, Bonn.

BEGLEITENDE INSTITUTE

BAUM – Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltbewusstes Management, Hamburg; Deutsche Umweltstiftung, Germersheim; Ecologic – Institut für internationale Umweltpolitik, Berlin; Forschungsstelle für Umweltpolitik, Berlin; ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg; IFF – Institut für Soziale Ökologie, Wien; INFU – Institut für Umweltkommunikation, Lüneburg; IÖW – Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin; ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt a. M.; IZT – Institut für Zukunftsforschung & Technologiebewertung, Berlin; Öko-Institut, Freiburg / Darmstadt / Berlin; UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen, Berlin / Halle; Umweltbundesamt, Berlin / Dessau; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; WZB – Wissenschaftszentrum, Berlin.

JAHRBUCH ÖKOLOGIE
2009

Lob der Vielfalt

Herausgegeben von Günter Altner, Heike Leitschuh, Gerd Michelsen,
Udo E. Simonis und Ernst U. von Weizsäcker

S. Hirzel Verlag Stuttgart



REDAKTION

Prof. Dr. Dr. h.c. Udo E. Simonis, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

Tel.: (030) 25491-245; Fax: (030) 25491-247

E-Mail: simonis@wzb.eu

www.jahrbuch-oekologie.de

Ein Markenzeichen kann warenrechtlich geschützt sein, auch wenn ein Hinweis auf etwa bestehende Schutzrechte fehlt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7776-1605-6

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzungen, Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen.

Gedruckt auf FLY spezialgeglättet Vol. 1,2, FSC-Mix, zertifiziert GFA COC 001147

© 2008 S. Hirzel Verlag

Birkenwaldstraße 44, 70191 Stuttgart

Printed in Germany

Einbandgestaltung: deblik, Berlin, unter Verwendung eines Fotos von Christian Kaiser

Druckerei: Hofmann, Schorndorf

Bindung: Schallenmüller, Stuttgart

www.hirzel.de

Zu diesem Jahrbuch9

I. Ökologische Perspektiven

Hermann Ott & Florian Mersmann

Der „Bali-Fahrplan“ – bessere Zeiten für die internationale Klimapolitik11

Thomas Heberer & Anja-Désirée Senz

China – globale ökologische Bedrohung?21

Ingo Winkelmann

Arktische Ressourcen nutzen und arktische Umwelt schützen:
Quadratur des Kreises?31

II. Schwerpunkt Biologische Vielfalt

Jochen Flasbarth

Erhalt der biologischen Vielfalt: Um was es dabei geht45

Carsten Loose & Horst Korn

Von „Bonn nach Nagoya“: Bewährungsprobe für die Biodiversitätskonvention57

Kai Schlegelmilch & Christian Meyer

Biologische Vielfalt – durch Subventionen geschädigt68

Katherine Richardson

Protecting Ocean biodiversity – for the sake of life on Earth77

Franziska Wolff

Nachhaltige Nutzung der landwirtschaftlichen Biodiversität88

<i>Armin Püttger-Conradt</i>	
Das Nördliche Breitmaulnashorn – fast ausgerottet	199
<i>Markus Nipkow</i>	
Der Kuckuck – Vogel des Jahres	104
<i>Ulrich Grober</i>	
„Videophilia“, nein danke! Plädoyer für die Erfahrung in begehbaren Räumen	109
<i>Biologische Vielfalt erforschen und erhalten</i>	
Interview mit <i>Beate Jessel</i> , BfN-Präsidentin	117
<i>Edgar Endrukaitis</i>	
„Business & Biodiversity Initiative“ – Unternehmen gehen Verpflichtungen ein	126
<i>Karl Peter Hasenkamp</i>	
Das Kleine Einmaleins und das Große ABC von Wald und Baum	130
<i>Deutsche Umweltverbände</i>	
UN-Biodiversitätsgipfel – zehn Forderungen	135

III. Disput: Bio-Kraftstoffe? !

<i>Christian Hey</i>	
Neue Prioritäten bei den Agroenergien!	136
<i>Ernst U. von Weizsäcker</i>	
Agrosprit: Beimischungsziel senken!	142
<i>Uwe Lahl</i>	
Biomasse zur Energieproduktion – die Chancen nutzen!	145

IV. Trends & Innovationen

Doris Hayn & Harald Ulmer

Bio-Lebensmittel in Deutschland – steigende Nachfrage, breites Angebot, stagnierende Erzeugung156

Jan C. Bongaerts

Chemikaliensicherheit – das REACH-Programm169

Christa Reicher & Thorsten Schauz

Stadtästhetik – Aufwertung städtischer Räume181

Matthias Barth

Nachhaltigkeit und Hochschulbildung – die Leuphana Universität .192

Jill Jäger

GEO 4 – Innovative globale Umweltberichterstattung199

V. Vor-Denker & Vor-Reiter

Elmar Altvater

André Gorz – ein Blatt, ein Bild, ein Wort204

Iring Fetscher

Karl Marx – ein Blatt, ein Bild, ein Wort207

Günter Altner

Rudolf Steiner – ein Blatt, ein Bild, ein Wort210

Gertrud Lenz

Malte Faber – der ökologische Ökonom213

Günter Altner

Kurt Oeser – ein Pionier der Umweltpolitik221

Heike Leitschuh

Bruno H. Schubert – ein Unternehmer mit Weitblick224

VI. Umweltinstitutionen

Archiv Ökologische Agrarkultur (AÖA)228

Institut für Umweltkommunikation (INFU)229

VII. Ökologie in Zahlen

Birgit Mohaupt-Jahr

Erhalt der Biodiversität – Fakten und Zahlen230

Autorinnen und Autoren des Bandes246

Zu diesem Jahrbuch

Ein imposanter Dreiklang hatte die Aufmerksamkeit auf eines der globalen ökologischen Probleme, den Klimawandel, gelenkt und 2007 zum „Jahr des Klimas“ werden lassen: der Stern Report über die ökonomischen Schäden des Klimawandels, der IPCC-Bericht über dessen Ausmaß und Auswirkungen und der Al Gore-Film über unsere Handlungsmöglichkeiten. Ein solcher Dreiklang war über das andere große globale Problem, den Verlust der biologischen Vielfalt, bisher nicht zu vernehmen, doch an seiner Orchestrierung wird weltweit eifrig gearbeitet. Gründe genug für das JAHRBUCH ÖKOLOGIE, ein Lob der Vielfalt zu singen und mit dieser Ausgabe zur Vermehrung des Wissens und zur Verbesserung der Kommunikation über Biodiversität beizutragen. In zahlreichen Beiträgen und Fallbeispielen geht es dabei um den intrinsischen Wert der Natur, den Erhalt der biologischen Vielfalt an sich. Es geht aber auch, weil der Mensch nicht nur Bewahrer, sondern vor allem Zerstörer der Natur ist, um das Aufzeigen der Schäden des Verlusts biologischer Vielfalt.

Im „Census of Marine Life“-Projekt machen Wissenschaftler derzeit Inventur zu den Lebewesen in den Meeren; gleichzeitig arbeiten Andere an der Vernichtung dieses Reichtums mit riesigen Hochseefloten. Die Bestände an Kabeljau, Heilbutt und Thunfisch wurden in den letzten 50 Jahren auf ein Zehntel reduziert; der Exitus steht an, wenn kluge Politik nicht Platz greift. Dabei war der Versuch, den Interessenkonflikt zwischen dem Schutz der Tier- und Pflanzenwelt und menschlichen Aktivitäten aufzulösen, der Kern eines wichtigen internationalen Vertrages – der UN-Konvention über biologische Vielfalt von 1992. Die Enttäuschung über diese Vereinbarung ist groß, weil ihr innovatives Konzept, die Natur zu schützen, ihre Nutzung nachhaltig zu gestalten und die aus der Nutzung entstehenden Vorteile fair zu teilen, bisher gescheitert ist. Bei der Bonner Naturschutzkonferenz 2008 wurden gewisse Fortschritte gemacht, die Biodiversitätskonvention steht nun vor ihrer Bewährungsprobe – und das heisst vor allem: die Politik muss ihr einen höheren Stellenwert geben, die Wirtschaft sich ihrer Verantwortung stellen, die Zivilgesellschaft sich stärker einbringen.

Wie groß die Interessengegensätze sein können, aber auch wie fragil die Meinungen sind und wie leicht sie umspringen, zeigt der Disput über Bio-Kraftstoffe (Teil III). Mit „Teller oder Tank“ wurde plastisch umschrieben, dass gut gemeinter Schutz des Klimas zu einem Konflikt mit der Sicherung der Ernährungslage führen kann. Der Flächenangriff auf ökologische Systeme, auf Wälder und Meere, ist eine direkte Folge des Konsumentenverhaltens – in den Industrie- und den Entwicklungsländern; immer mehr Menschen wollen Auto fahren und Fleisch essen. Die Vorsitzende von Friends of the Earth, Meena Ramans, brachte den Konflikt, vor dem wir stehen, auf den Punkt: „Ihr müsst einfacher leben, damit andere einfach nur leben können.“

Was ist sonst noch Interessantes in diesem Buch zu lesen? Bei den Perspektiven (Teil I) geht es zum einen um den Fahrplan der internationalen Klimapolitik; zum anderen um einen neuen Ressourcenkonflikt, wenn eintritt, was zu befürchten ist, dass die Arktis bald eisfrei sein wird. Um eine Relativierung anderer Art geht es bei dem Blick auf China, dessen Rohstoffverbrauch und Umweltverschmutzung viele als global bedrohlich empfinden, die dabei aber vergessen, dass das Land unser aller Produktversorger geworden ist. Dann aber interessierte uns auch, welche Trends und Innovationen in anderen Sektoren zu verzeichnen sind (Teil IV). Die diesmal ausgesuchten Vordenker und Vorreiter sind als ein weiteres Lob der Vielfalt gedacht; sie zeigen, wie vielfältig die ökologische Frage ist – und wie faszinierend die Auseinandersetzung damit sein kann (Teil V).

Das JAHRBUCH ÖKOLOGIE hat nach vielen Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit den Verlag gewechselt. Allen bisher Beteiligten danken wir für die gute Betreuung und freuen uns auf die Kooperation mit dem neuen Team bei Hirzel.

Herausgeber, Redakteur, Lektorin und Korrektorin wünschen sich auch für das JAHRBUCH ÖKOLOGIE 2009 wiederum viele Leserinnen und Leser, Kritik, wo nötig, und Lob, wenn möglich.

Die Herausgeber

Im Juli 2008

I. Ökologische Perspektiven

*Hermann E. Ott & Florian Mersmann**

Der „Bali-Fahrplan“ – bessere Zeiten für die internationale Klimapolitik

Die Verhandlungen über das Kyoto-Protokoll

Die Verhandlungen um die Gestalt der internationalen Klimapolitik nach 2012 sind seit Ende 2007 nicht nur verfahrensmäßig in eine neue Phase getreten. Dass ein Zeitplan für die Neuverhandlung des Kyoto-Protokolls (bzw. eines Folgevertrages) verabschiedet wurde, ist an und für sich noch keine große Schlagzeile wert. Doch wurden auf der Klimakonferenz in Bali auch neue Arrangements von Positionen und Allianzen auf der internationalen Bühne sichtbar, die eine neue Ära in der globalen Klimapolitik einläuten könnten.

Die Ausgangsbedingungen für Bali waren gut: Noch nie zuvor waren die wissenschaftlichen Argumente derart unzweifelhaft und die öffentliche Erwartung so stark. Der vierte Sachstandsbericht des IPCC von 2007 lieferte letzte Belege für den anthropogenen Klimawandel. Er enthielt die unmissverständliche Botschaft, dass eine Trendumkehr der globalen Emissionen in den nächsten 10 bis 15 Jahren nötig ist, um eine massive Störung des Klimasystems zu verhindern. Diese Botschaft bereitet die Bühne für eine große Zahl von hochrangigen diplomatischen Treffen, die sich mit dem Klimathema beschäftigen: Vom G8-Gipfel in Heiligendamm und dem Gleneagles-Treffen in Berlin bis zu den Sondersitzungen des UN-Sicherheitsrates und der Generalversammlung, bei denen die meisten Staats- und Regierungschefs anwesend waren. Das Jahr 2007 kann deshalb guten Gewissens als eine Wegscheide in der Wahrnehmung des Klimaproblems durch die politische Elite betrachtet werden.

* Die Autoren danken Rie Watanabe, Wolfgang Sterk und Christof Arens für die gute Zusammenarbeit in Bali und bei der Analyse der Ergebnisse der Konferenz.

Die Ergebnisse von Bali

Mit der Einigung auf einen „Bali Action Plan“ endete die Klimakonferenz auf Bali um 18.27 Uhr am Samstag, dem 15. Dezember 2007 – einen ganzen Tag später als geplant. Nicht einmal die legendäre Konferenz 1997 in Kyoto, bei der das gleichnamige Protokoll verabschiedet wurde, hatte ihren Zeitplan derart überzogen. Die Neuverhandlung des Kyoto-Protokolls ist deshalb erforderlich, weil die dort verankerten Minderungspflichten für Treibhausgase auf die Zeit von 2008 bis 2012 begrenzt sind. Rein rechtlich gesehen wären die durch den Vertrag verpflichteten Industriestaaten ab 2013 also frei, ihre Treibhausgasemissionen ungehindert wieder zu steigern.

Diese so genannten „Post-2012-Verhandlungen“ laufen zurzeit auf zwei Schienen. Erstens wurde auf der Konferenz der Vertragsparteien zum Kyoto-Protokoll (CMP1) 2005 in Montreal eine Ad-Hoc-Arbeitsgruppe zu weiteren Verpflichtungen der Industriestaaten eingerichtet (AWG-KP). Zweitens ist durch den „Bali Action Plan“ 2007 eine „Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur langfristigen Kooperation unter der Konvention“ (AWG-LCA) eingerichtet worden mit dem Ziel, unter Teilnahme der USA und der Entwicklungsländer ein umfassendes Abkommen bei der für Ende 2009 in Kopenhagen geplanten Klimakonferenz zu erreichen. Dieses getrennte Verfahren ist einerseits ein Ergebnis der Zweiteilung des Klimaregimes in eine Rahmenkonvention und ein Umsetzungsprotokoll, spiegelt jedoch auch die Nord-Süd-Spaltung der Vertragsparteien wider (mehr dazu weiter unten). Die neu geschaffene umfassende Ad-Hoc-Arbeitsgruppe unter der Konvention ist im April 2008 in Bangkok zu einem ersten Treffen zusammengekommen, um das konkrete Arbeitsprogramm zu beschließen.

Der Bali Action Plan verlangt von den Industrieländern Vermeidungsverpflichtungen „inklusive quantifizierter Emissionsbegrenzung und Reduktionszielen“, bei gleichzeitiger „Sicherstellung ihrer Vergleichbarkeit“. Was so unspektakulär daherkommt, ist tatsächlich ein schwerer Dämpfer für die Bemühungen der USA und anderer Industriestaaten, die rechtlich verbindlichen Ziele des Kyoto-Protokolls durch freiwillige Vereinbarungen bzw. Zusagen zu ersetzen. Für den Süden formuliert der Beschluss das Ziel, „national angemessene Vermeidungsziele von Entwicklungsländern im Kontext der nachhaltigen Entwicklung“ zu vereinbaren. Diese Formulierung ist schwächer als die obige und spiegelt die Abneigung der Entwicklungsländer wider, in der nächsten Verpflichtungsperiode schon quantifizierbare Begrenzungsziele zu übernehmen. Andererseits schließt die Formulierung solche Ziele auch nicht aus – und die Formulierungen erlauben eine

Differenzierung innerhalb der Gruppe G77 + China, der Koalition der Entwicklungsländer, die als Block in den internationalen Verhandlungen agieren – und mittlerweile 135 Mitglieder umfassen.

Die langfristigen Ziele der Klimapolitik sind im Bali Action Plan sehr viel schwächer verankert, als dies noch zu Beginn der Verhandlungen möglich schien. Die EU hatte ursprünglich die Einbeziehung eines langfristigen Reduktionsziels für 2050 in das Mandat der AWG-LCA vorgeschlagen. Doch war es nicht einmal möglich, einen Hinweis auf die Größenordnung der Vermeidungsziele für Industriestaaten in den Text zu schreiben, die laut IPCC nötig wären, um die Erhöhung der globalen Mitteltemperatur einigermaßen sicher unter 2° C zu halten (25 bis 40 % Minderung bis 2020 im Vergleich zu 1990) – dies scheiterte am Widerstand der USA, Kanadas, Japans und Russlands. Im Bali Action Plan taucht der Bezug auf ein derartiges Ziel deshalb lediglich als „klimapolitische Fußnote“ auf – als Bezugnahme auf einen Technischen Bericht des IPCC.

Auch bei den Verhandlungen der AWG-KP zu den Minderungspflichten der Industriestaaten nach 2012 wurden Fortschritte erzielt. Bereits im Lauf des Jahres 2007 wurde ein Großteil der Differenzen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern überwunden. Der Zeitplan dieser Arbeitsgruppe wurde, wie oben angedeutet, mit dem der AWG-LCA koordiniert, so dass beide Arbeitsgruppen ihre Arbeit bis zu der Konferenz in Kopenhagen 2009 beendet haben sollen. Im Gegensatz zum Verhandlungsmandat unter der Konvention ist hier auch explizit der Minderungskorridor von 25 bis 40 % erwähnt, der nach Ansicht des IPCC bis 2020 unbedingt eingehalten werden muss.

Finanzielle und technologische Unterstützung

Seit Jahren fordern die Entwicklungsländer eine Realisierung ihres Rechts auf Unterstützung durch die reichen Industriestaaten, da die zur Verfügung stehenden Geldmittel bei Weitem nicht ausreichen, um den Herausforderungen des Klimawandels gerecht zu werden. Dies wurde auch durch die Vorstellung eines Berichts für das Klimasekretariat zur Finanzierung deutlich: Die Autoren schätzen, dass sich die benötigten Investitionen bis 2030 auf rund 380 Milliarden US-Dollar allein für Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen (*mitigation*) im Süden belaufen werden. Die erforderlichen Mittel für Anpassungsmaßnahmen (*adaptation*) in Entwicklungsländern sind dagegen schwer abzuschätzen, werden aber mit Sicherheit bei mehreren Dutzend Milliarden US-Dollar liegen.

Von der Bereitstellung solcher Summen sind wir in Wirklichkeit weit entfernt. So verfügt etwa der GEF Trust Fund momentan lediglich über rund eine Milliarde US-Dollar. Es ist also dringend notwendig, die Mittel für Minderung und Anpassung massiv aufzustocken. Lösungswege für die Ausweitung der Finanzierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel konnten auf Bali nicht gefunden werden, doch soll auf der nächsten Vertragsparteienkonferenz Ende 2008 in Poznan (Polen) eine mögliche Entscheidung verhandelt werden.

In Bali wurde auch (zwei Wochen vor dem Start) eine Lösung für den Anpassungsfonds (*Adaptation Fund*) gefunden. Dieser Fonds soll Anpassungsprojekte und -programme in besonders vom Klimawandel bedrohten Entwicklungsländern finanzieren; er bezieht seine Mittel aus einer zweiprozentigen Abgabe auf durch den *Clean Development Mechanism* (CDM) generierte Emissionszertifikate. In Bali konnte endlich eine Lösung für dessen institutionelle Einbindung gefunden werden. Zwar wird der Fonds in die GEF eingebettet (was jahrelang am Widerstand der Entwicklungsländer gescheitert war), es wird jedoch ein 16-köpfiges Führungsgremium eingerichtet (*Adaptation Fund Board*), in dem die Entwicklungsländer die Mehrheit haben.

Zusätzlich zur Finanzierung sind die Industrieländer schon durch die Konvention und das Protokoll dazu verpflichtet, den Transfer von Technologien zur Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen. Doch obwohl immer klarer geworden ist, dass ohne angemessene finanzielle und technologische Unterstützung kein Durchbruch in den Verhandlungen erzielt werden kann, hat es dafür bisher nur unzureichende diplomatische Anerkennung gegeben. Die Entwicklungsländer drohten nun, bei fehlender Einigung über die Technologiekooperation das gesamte Verhandlungspaket von Bali abzulehnen.

Diese harte Verhandlungsposition war erfolgreich: Nach dem Bali Action Plan müssen Vermeidungsaktivitäten von Entwicklungsländern „durch Technologie, Finanzierung und Aufbau von Kapazitäten unterstützt und ermöglicht“ werden; und diese müssen „messbar, berichtspflichtig und nachprüfbar“ sein. Diese Formulierung stellte sich als der Stolperstein heraus, der die gesamte Konferenz in den letzten Stunden zum Scheitern zu bringen drohte, da nach Vorstellung der USA und anderer Industriestaaten diese Begriffe die Minderungspflichten der Entwicklungsländer und nicht ihre eigenen Unterstützungspflichten kennzeichnen sollten.

In der Endformulierung sind die Begriffe auf beide Pflichten anwendbar, müssen die Minderungsaktivitäten demnach auch „messbar,

berichtspflichtig und nachprüfbar“ sein. Dennoch: Die Entwicklungsländer haben jetzt einen klar formulierten Bezug (im Einklang mit den Artikeln 4.3 und 4.5 der Konvention) darauf, dass jegliche Verpflichtungen ihrerseits abhängig sind von klar zu identifizierender Unterstützung durch die Industriestaaten.

Clean Development Mechanism

Der Clean Development Mechanism (CDM) nimmt immer weiter an Bedeutung zu. So wurden bis zum 1. April 2008 im Rahmen des CDM insgesamt 978 Projekte registriert, 319 Projekte haben ihre Emissionszertifikate (*Certified Emission Reductions*, CERs) erhalten. Für weitere 188 Projekte ist die Registrierung beantragt und 2022 Projekte befinden sich in der Validierung, der letzten Stufe vor der endgültigen Registrierung.

Doch ist in letzter Zeit durch eine Reihe von Studien immer klarer geworden, dass der CDM in seiner gegenwärtigen Form in vielfacher Hinsicht defizitär ist. So wurde deutlich, dass die erforderliche „Zusätzlichkeit“ der Projekte nicht sichergestellt ist, es also schwierig ist zu bestimmen, ob sie auch ohne den Anreiz des CDM durchgeführt worden wären. Eine von der Schweiz vorgeschlagene Untersuchung des Auswahlprozesses wurde letztendlich fallengelassen. Der leitende Ausschuss des CDM ist aber angehalten, den Auswahlprozess zu verbessern und eine entsprechende Anleitung so schnell wie möglich fertig zu stellen.

Entwaldung

Knapp ein Fünftel der globalen CO₂-Emissionen sind auf Entwaldung zurückzuführen – ein Faktor, der bisher in der Klimapolitik sträflich vernachlässigt worden war. In Montreal hatten 2005 einige Staaten einen Vorschlag eingereicht, nach dem Länder für die Vermeidung von Abholzung Emissionszertifikate erhalten sollten; 2006 reichte Brasilien einen Gegenvorschlag ein, der keine Zertifikate, sondern Zahlungen aus einem dafür zu errichtenden Fonds vorsah.

In Bali wurden diese Vorschläge unter dem Label REDD (*Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries*) kontrovers diskutiert. In den nächsten zwei Jahren sollen unter anderem Demonstrationsprojekte, Politikvorschläge und positive Anreize entwickelt werden, um die Zerstörung von Wäldern zu stoppen. Der REDD-Prozess ist jedoch noch aus einem anderen Grund besonders wichtig: Es ist das erste Mal, dass sich die Entwicklungsländer

bereit erklären, aktiv zur Emissionsreduktion und zum Waldschutz beizutragen. Mehrere Industrieländer haben sich bereits bereit erklärt, die Entwicklung von Demonstrationsprojekten finanziell zu unterstützen.

Bewertung und Ausblick

Trotz vielfacher Kritik war die Klimakonferenz von Bali tatsächlich eine der erfolgreicherer Konferenzen in der Geschichte der Klimapolitik. Die so genannte „Bali Roadmap“ – die Gesamtheit der Beschlüsse von Bali – bietet eine echte Chance, bei den Verhandlungen in Kopenhagen 2009 ein effektives und tragfähiges Ergebnis für die Zeit nach 2012 zu erreichen. Schon die Sprache deutet an, dass die immense Herausforderung der Einbeziehung von Entwicklungsländern in ein Kontrollregime für Kohlenstoff begriffen worden ist: der Bali Action Plan gebraucht die Begriffe „developed country parties“ (für Industrieländer) und „developing country parties“ (für Entwicklungsländer). Diese begriffliche Neuerung hat es in sich: Bisher galt die eiserne Regel, dass Nord und Süd durch die Begriffe „Annex I“ und „Nicht-Annex I“ gekennzeichnet werden mussten – wodurch eine Binnendifferenzierung der Entwicklungsländer unmöglich wurde. Durch die neue Wortwahl entsteht die Möglichkeit, innerhalb der G77 + China zu differenzieren und verschiedene Stufen von Verpflichtungen für Entwicklungsländer vorzusehen. So können der Grad der wirtschaftlichen Entwicklung (das Niveau der Wirtschaftstätigkeit), die Höhe der Emissionen und das Minderungspotenzial der betroffenen Länder berücksichtigt werden. Die Entwicklung entsprechender Indikatoren und Differenzierungen zwischen den Entwicklungsländern wird eine der Aufgaben der vor uns liegenden Zeit sein.

Die Gruppe G77 + China ist also offensichtlich willens, die traditionellen Verhandlungsblockaden aufzubrechen. Entgegen der im Vorfeld der Konferenz weit verbreiteten Befürchtung zeigten die Entwicklungsländer eine neue Bereitschaft, sich aktiv an den Bemühungen zur Bewältigung des Klimawandels zu beteiligen. Die bisherige Strategie der Entwicklungsländer sah vor, dass die Industriestaaten die Führung übernehmen müssten und sich auf weitergehende Pflichten nach 2012 einigen sollten, bevor die Entwicklungsländer sich selbst auf eigene Ziele einließen. Auf Bali jedoch verkündeten die großen Schwellenländer eins nach dem anderen, man sei willens, seinen Teil beizutragen und mehr als bisher zu tun, um den Klimawandel aufzuhalten. Dies hat dem Norden seine Hauptausrede für die bisherige Zurückhal-

tung genommen, die Entwicklungsländer seien nicht bereit, selber Hand mit anzulegen.

Dieser Strategiewechsel des Südens wurde durch das Auftauchen ganz neuer Akteure auf der Bühne der Klimaverhandlungen unterstützt. In Bali sah man viele neue Gesichter in den Konferenzhallen, aus den Bereichen Technologie und Finanzen, aus den Bewegungen für soziale Gerechtigkeit in Nord und Süd. Das hat vor allem zwei Gründe:

Erstens haben die Aktivisten aus aller Welt verstanden, dass der Klimawandel den sozialen Fortschritt gefährdet und die Menschenrechte beeinträchtigt. Das wurde vor kurzem auch „offiziell“ bestätigt: Am 28. März 2008 hat der UN-Rat für Menschenrechte eine Resolution verabschiedet, die den Klimawandel zu einem Menschenrechtsproblem erklärt und unterstreicht, dass die Armen der Welt besonders von seinen Auswirkungen betroffen sind.

Zweitens wirken sich nicht nur der Klimawandel selbst, sondern auch viele (Schein-)Lösungen direkt auf den Süden und vor allem auf die dort lebenden Menschen aus. So bedroht die zunehmende Nachfrage nach Agro-Kraftstoffen aus Palmöl riesige Waldgebiete in Indonesien, im Amazonas-Becken und anderswo, sowohl die Ökosysteme selbst als auch viele Subsistenzgesellschaften in den Wäldern. Der Umfang der Projekte im Rahmen des CDM ist so groß geworden, dass er einen messbaren Einfluss auf die Entwicklungsländer hat – und die Frage ist, ob sie positiv sind oder nicht. Und das schiere Volumen der benötigten finanziellen Mittel für Minderung und Anpassung übersteigt die Mittel der traditionellen Entwicklungshilfe bei weitem.

Aus solchen Gründen nehmen Organisationen wie Misereor, Brot für die Welt, der Evangelische Entwicklungsdienst, Oxfam, Christian Aid, das Third World Network oder Focus on the Global South den Klimawandel mittlerweile sehr ernst. Ihr Engagement und ihre Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit haben nicht nur die Inhalte der Verhandlungen geändert, sondern auch das Selbstbewusstsein der Entwicklungsländer gestärkt. Dieses neue Selbstbewusstsein hat zu einem Bali-Aktionsplan geführt, der den Entwicklungsländern einen Anker für finanzielle und technologische Unterstützung bietet.

Mexikos Vorschlag bei den Zwischenverhandlungen in Bangkok (April 2008) für einen großen, allgemeinen Fondsmechanismus anstelle der momentan arg zerklüfteten Finanzierungslandschaft weist dabei in die richtige Richtung. Die Einrichtung neuer Mechanismen für den Technologietransfer und die Ausweitung der finanziellen Mittel müs-

sen in den nächsten anderthalb Jahren rasch vorangetrieben werden, um der Gruppe der G77 + China das klare Signal zu geben, dass die Industrienationen ihre Unterstützungsrhetorik auch ernst nehmen.

Auch der CDM ist ein wichtiger Baustein für die Süd-Nord-Beziehungen. Er hat bereits mehr Investitionen ermöglicht als alle anderen Finanzmechanismen unter der Konvention; allerdings gibt es ernsthafte Bedenken über seine derzeitige Funktionsweise. Die Revision des Kyoto-Protokolls, angelegt im Artikel 9, sollte daher besonders die Funktionsweise des CDM unter die Lupe nehmen. Erstens sollte der CDM in Zukunft (nach 2012) über einen reinen Ausgleich hinausgehen und sowohl für echte Netto-Reduktionen globaler Emissionen als auch für Gewinne bei der nachhaltigen Entwicklung sorgen. Zweitens sollten die Vertragsstaaten überlegen, ob ein Übergang zu einem stärker zentral gesteuerten Modell nicht sinnvoll wäre – wie es als „policy-based CDM“, als „sectoral CDM“ und als „no-lose-targets“-Modell von der Wissenschaft diskutiert wird. Falls der traditionelle projektbasierte CDM beibehalten wird, muss das Kriterium der Zusatzlichkeit der Mittel weit stärker getestet werden als bisher.

Der Bali Action Plan weist also den Weg für die Verhandlungen hin zu einer Zwischenstation Ende 2008 in Posen und zu einer Einigung Ende 2009 in Kopenhagen. Doch dieser Weg ist keine Autobahn, sondern eher ein holpriger Feldweg voller Hindernisse. Die zunehmende Komplexität und schiere Menge der zu bewältigenden Arbeit ist dabei von nicht geringer Bedeutung. Und die Delegierten werden sich auf Verhandlungen in verschiedensten Arenen einstellen müssen. Die Verhandlungen finden statt in Vertragsstaaten-Konferenzen sowohl unter der Konvention als auch unter dem Protokoll, in den unterstützenden Gremien (*subsidiary bodies*) beider Verträge und in den Ad-Hoc-Arbeitsgruppen von Konvention und Protokoll. Zusätzlich wird es mehrere Treffen der „Major Economies“-Initiative der US-Regierung sowie eine große Anzahl anderer formeller und informeller Treffen zu gleichen oder ähnlichen Themen geben.

Die Liste der zu verhandelnden Themen ist lang: Von der Aushandlung verschärfter Verpflichtungen für diejenigen Länder, die bereits dem Kyoto-Protokoll unterstehen, bis zu neuen, differenzierten Verpflichtungen für Entwicklungsländer, von der Einbindung der USA bis zu den Fragen der Anpassung, der Entwaldung, der technologischen Zusammenarbeit und der Verbesserung der Marktmechanismen – die Menge der Arbeit ist enorm. All diese verschiedenen Prozesse in den unterschiedlichen Foren müssen im Auge behalten, 2008 in Posen

vorbereitet und bis 2009 in Kopenhagen zu einem riesigen Verhandlungspaket verwoben werden.

Der Ausgang dieser Verhandlungen ist nur zu einem kleinen Teil steuerbar, und er wird entscheidend von der Positionierung der neuen US-Administration abhängen. Trotz interessanter Entwicklungen in vielen Bundesstaaten, zahlreichen Städten und Gemeinden warnen Beobachter des politischen Prozesses in den USA davor, dass das Land auch nach 2009 noch einen weiten Weg gehen muss, um zum Rest der Welt aufzuschließen. Ein möglicher Ausweg aus dieser Lage könnte zunächst einmal die Etablierung eines starken nationalen Programms zur Bekämpfung des Klimawandels mit ambitionierten Reduktionszielen und einer unilateralen Erklärung sein, dass die USA sich durch internationales Recht gebunden sehen. Eine solche selbst-bindende Erklärung unter internationalem Recht könnte den Rest der Welt zu Frieden stellen.

Und schließlich die größte anstehende Aufgabe: Es muss eine neue Klima-Allianz zwischen Nord und Süd geschmiedet werden – mit den Schwellenländern vor allem zu Treibhausgasminderung und technologischer Innovation, mit den ärmeren Ländern vor allem zur Anpassung an den Klimawandel. Denn die Gefahr einer weiteren Destabilisierung des Klimasystems kann nur durch eine wirklich globale Anstrengung abgewendet werden. 50 % der aktuellen Treibhausgasemissionen stammen aus den Industriestaaten, die anderen 50 % aus den Entwicklungsländern, Tendenz steigend. Daher hat jede Seite das Potenzial, durch ein Weitermachen wie bisher (*business as usual*) die Welt ins Chaos zu stürzen – eine neue Art von „Gleichgewicht des Schreckens“. Im Gegensatz zur „mutually assured destruction“ des Kalten Krieges ist jedoch aktives Handeln statt passives Verharren nötig, um diese Katastrophe abzuwenden. Den gefährlichen Klimawandel zu verhindern erfordert Kooperation statt Abschottung – und ist entsprechend schwierig.

Immerhin, die ersten Schritte sind gemacht: Die EU, die zunächst einem neuen Finanzmechanismus gegenüber höchst skeptisch war, verband auf Bali schlussendlich ihren Vorschlag mit dem der G77 zu einem umfassenden Paket, dessen Tragbarkeit sich in den nächsten zwei Jahren allerdings erst erweisen muss. Doch darin zeigt sich bereits das große Potenzial, das in einer Kooperation der G77 und der EU bei der Ausarbeitung des „Post-2012-Abkommens“ besteht.

Der Bali Action Plan ist daher, trotz seiner eher zurückhaltenden Sprache, realpolitisch als ein Erfolg zu buchen. Die USA bleiben in den

multilateralen Klimaverhandlungen aber ein Quertreiber. Ihre andauernde Weigerung, den Klimawandel ernst zu nehmen, bleibt ein Mysterium, das auch zukünftige Historiker noch vor Rätsel stellen wird. Al Gore bat die Delegierten in seiner viel beachteten Rede, den Ball nicht dorthin zu spielen, wo die USA jetzt stehen, sondern dahin, wo sie in zwei Jahren nach den Wahlen stehen werden. Mit seinen Worten lieferte Gore das Skript für das in den letzten Stunden der Konferenz stattfindende Drama. Von Delegierten und anderen Teilnehmern der Konferenz wurde die amerikanische Delegation dazu getrieben, ihre Verweigerungshaltung aufzugeben und der ausgehandelten Vereinbarung zuzustimmen. Die Spannung, die sich aufgebaut hatte, hatte sich zu einem kollektiven Aufschrei gesteigert und zwang die Vereinigten Staaten „den Weg freizugeben“, wie der Delegierte von Papua Neuguinea es gefordert hatte.

Fazit: Es besteht also die Möglichkeit, ein angemessenes Verhandlungsergebnis für die Zeit nach 2012 zu erreichen. Dennoch: Während die Schwellenländer den ersten Schritt getan und klare Signale gesetzt haben, dass sie ihren Anteil beitragen wollen, muss die EU ihre Angebote signifikant verbessern, vor allem bei der technologischen Kooperation und bei der Finanzierung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen. Substanzielle Beiträge des Südens brauchen substanzielle finanzielle (und nicht-finanzielle) Unterstützung durch den Norden. Dies wird bisher leider nur von wenigen Diplomaten öffentlich anerkannt. Der Aufbau einer „grünen Allianz“ mit dem Süden erfordert einen tief greifenden Gesinnungswandel, nämlich den, den Süden als gleich berechtigten Partner zu behandeln. Der Anfang ist in Bali gemacht worden. Diese guten Ansätze müssen bis Ende 2009 verstärkt werden. Die Wirkung könnte, auch jenseits der Klimapolitik, bedeutsam sein – für Europa, für das Süd-Nord-Verhältnis und für die ganze Welt.

Literatur

- Ott, Hermann E. & Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Wege aus der Klimafalle. Neue Ziele, neue Allianzen, neue Technologien – was eine zukünftige Klimapolitik leisten muss, München 2008.
- Ott, Hermann E., Wolfgang Sterk & Rie Watanabe: The Bali Roadmap: New Horizons for Global Climate Policy, in: Climate Policy, Vol. 8, 2008.
- Simonis, Udo E.: Götter und Götzen – die historische Fußnote der Klimapolitik, in: Freitag 51, 21. Dezember 2007.
- Watanabe, Rie, Christof Arens, Florian Mersmann, Hermann E. Ott & Wolfgang Sterk: The Bali-Roadmap for Global Climate Policy – New Horizons and Old Pitfalls, in: Journal of European Environmental & Planning Law, Vol. 5, 2008.

China – globale ökologische Bedrohung?

Wirtschaftliche Aufholjagd im Widerstreit mit dem Umweltschutz

In den letzten Jahren hat China in der internationalen Öffentlichkeit aufgrund seiner beeindruckenden Wirtschaftsdaten wachsende Aufmerksamkeit erfahren. In der Berichterstattung geht es zumeist um die aus der gewaltigen Größe und hohen Bevölkerungszahl abgeleitete Wirtschaftskraft, die zugleich auf Chinas weltpolitische Bedeutung schließen lässt. Doch in die enthusiastische Bewertung des chinesischen „Riesenmarktes“ mischen sich auch Ängste, die sich sowohl auf Chinas Verhalten im internationalen Staatensystem als auch auf die Themen Ressourcen, Umwelt und Klima beziehen. Dabei wird China nicht nur als eine ökonomische und politische Herausforderung für die etablierten Industrieländer wahrgenommen, sondern auch als Gefahr für Wohlstand, Machtansprüche und den gewohnten Lebensstil. So erfreulich die chinesische Entwicklung einerseits erscheint, weil sie vor allem wirtschaftliche Chancen eröffnet, so kritisch wird sie andererseits bewertet, weil sie etablierte globale Strukturen – politisch, ökonomisch und ökologisch – in Frage zu stellen beginnt.

In China ist das rasante ökonomische Wachstum von einer massiven Umweltzerstörung begleitet. Da große Teile der Bevölkerung immer noch am Existenzminimum leben, scheint es für die politisch Verantwortlichen nahe liegend, Investitionen in den Umweltschutz zugunsten weiterer wirtschaftlicher Entwicklung zu verschieben. Auch für die Bevölkerungsmehrheit ist die Verbesserung ihres Lebensstandards oberstes Ziel. Das Umweltbewusstsein ist hingegen wenig ausgeprägt und das Verständnis für globale Dimensionen marginal. Auch sind die Möglichkeiten, effektiv gegen Umweltverschmutzung zu protestieren, gering. In dieser Konstellation ist es fraglich, ob ein (rechtzeitiges) ökologisches Umsteuern gelingen kann. Gleichwohl sind die „Nebenwirkungen“ des Entwicklungsweges in Form ökologischer Kosten inzwischen offensichtlich. Die chinesische Umweltbehörde SEPA hat 2006 eine Schätzung vorgelegt, derzufolge die Gesamtkosten der Umweltverschmutzung (von umgerechnet 170 Mrd. Euro) etwa so hoch sind wie das jährliche Wirtschaftswachstum in China.

Nachfolgend wollen wir Chinas Entwicklung unter ökologischen Gesichtspunkten analysieren. Dabei möchten wir nicht nur der Frage nachgehen, ob China eine Bedrohung für das globale Ökosystem dar-

stellt, sondern auch, inwiefern Chinas Zukunft selbst von rapider Umweltdegradation bedroht wird und welche globalen Folgen daraus resultieren könnten.

Chinas nationale Umweltrends

China kämpft heute in allen Bereichen mit schweren Umweltproblemen. Nach Schätzungen der Weltbank sterben jährlich über 300 000 Menschen an den Folgen massiver Umweltverschmutzung. Bei den internationalen Umweltindizes schneidet China schlecht ab. Nach Einschätzung der Weltbank liegt die Mehrheit der 20 weltweit am stärksten verschmutzten Städte in China. Im Environmental Sustainability Report der Yale Universität von 2008, der die Umweltbedingungen von 149 Ländern vergleicht, liegt China auf Platz 105.

Chinas Luftverschmutzung ist extrem und übersteigt in den meisten Städten die WHO-Richtwerte um das Zwei- bis Sechsfache. Neben der Kohle als Hauptenergieträger ist die starke Zunahme der Kraftfahrzeuge für diese Situation verantwortlich. Doch der Run aufs eigene Auto hat gerade erst begonnen. Prognosen zufolge wird die Zahl der Autokäufe in nächster Zeit um 15 bis 20 % pro Jahr wachsen. Endlose Staus in den Großstädten und die rasche Zunahme von Atemwegserkrankungen sind die spürbaren Folgen dieser Entwicklung.

Chinas Flüsse weisen eine sehr schlechte Wasserqualität auf. Dreiviertel der Seen sind durch hohen Verbrauch an Dünger und Pestiziden in der Landwirtschaft verseucht. Etwa 30 % der Industrieabwässer und 60 % der städtischen Abwässer werden ungeklärt in die Flüsse abgeleitet. Chemieanlagen befinden sich oft in direkter Nähe zu den Wasserspeichern und stellen so eine direkte Bedrohung der Wasserversorgung großer Regionen dar. Unfälle in Industrieanlagen verschärfen die Umweltprobleme zusätzlich. Allein im Jahr 2004 wurden nach Polizeiangaben 5,61 Mio. umweltbezogene Unfälle gemeldet, bei denen ca. 210 000 Menschen starben und 1,75 Mio. verletzt wurden. Die Schadenssumme belief sich auf umgerechnet 45 Mrd. Euro. Der Chemieunfall am Songhua-Fluss Ende 2005, bei dem Krebs erzeugende Chemikalien das Wasser verseuchten und der auch international Aufsehen erregte, war nur ein Hinweis auf die steigende Zahl von Umweltunfällen.

Zu der Verschmutzung der Flüsse durch Abwässer und der drastischen Reduzierung der Fischbestände kommen sinkende Wasserstände und Grundwasserpegel. In einigen nördlichen Regionen Chinas sinkt der Grundwasserspiegel um 1 m jährlich, das Grundwasser ist in

vielen Orten durch die Schwerindustrie kontaminiert. In zahlreichen Großstädten des Landes ist die Trinkwasserqualität gesundheitlich bedenklich und immer noch haben fast 300 Mio. Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Viele Flüsse Chinas sind vom Austrocknen bedroht. Am deutlichsten zeigt sich dies am Gelben Fluss, der den Norden des Landes mit Wasser versorgt. 1972 erreichte der Fluss erstmals nicht mehr das Meer. Seitdem trocknete der Unterlauf viele Male völlig aus und führt inzwischen an den meisten Tagen des Jahres kaum noch Wasser. Konflikte zwischen den landwirtschaftlich orientierten Provinzen am Oberlauf und den industrialisierten Küstenprovinzen sind die Folge. 2006 trat ein Gesetz zur „nachhaltigen Wasserwirtschaft am Gelben Fluss“ in Kraft, ein Wassernutzungsplan soll die Wassermenge des Flusses regeln.

Durch Industrialisierung und Urbanisierung verliert China in raschem Tempo Acker- und Weideland. Ein Bodenausgleichsgesetz sieht vor, bei Bebauung Ausgleichsflächen zu schaffen. Es hat aber nicht verhindert, dass weniger ertragreiches Land zur Ausgleichsfläche wird, während fruchtbare Flächen bebaut werden. Ackerland in einer Größenordnung von 10 % der gesamten landwirtschaftlichen Fläche Chinas ist Untersuchungen der Nanjing Universität zufolge in hohem Maße mit schwer abbaubaren Schadstoffen verseucht. Hinzu kommen die Wüstenbildung und die damit verbundenen Sandstürme, die die Großstädte im Norden belasten, allen voran Peking. Anpflanzungen zur Eindämmung der Stürme blieben bisher ohne die erwünschte Wirkung.

Die Abfallentsorgung stellt ebenfalls ein großes Problem dar. Haus-, Industrie- und Sondermüll lagert vielfach auf unsicheren Deponien. China ist darüber hinaus Zielland für viele Müllexporte, insbesondere Kunststoffabfälle und Elektronikschrott. Der Recyclingsektor ist noch weitgehend unreguliert, und es fehlt an Know-how für die sachgerechte Wiederverwertung.

China hat durch den Ausstoß von Kohlendioxid, Methan (Nassreis-anbau), Stickoxiden (Pestizid- und Düngemittelsinsatz) und anderen Treibhausgasen einen erheblichen Anteil am globalen Klimawandel; es ist nach den USA der zweitgrößte Emittent. Staatliche Programme zur Reduzierung der Emissionen kollidieren mit dem steigenden Energiebedarf, aufgrund dessen viele veraltete Kohlekraftwerke weiterhin in Betrieb sind. Eine Folge der starken Luftbelastung ist der Saure Regen,

von dem im Süden etwa 30 % der Landfläche betroffen ist. Durch China verläuft einer der drei größten Gürtel Sauren Regens in der Welt.

Die globale Erwärmung begünstigt Dürrekatastrophen in den nördlichen und Flutkatastrophen in den südlichen Landesteilen. So wurde der Norden Chinas Anfang 2006 von einer Dürre heimgesucht, von der 9,4 Mio. Menschen, 12,1 Mio. Hektar Farmland und 8,7 Mio. Nutztiere betroffen waren. Die Gletscher des Himalaja speisen die meisten Quellen der Flüsse in China. Schmelzen sie im Zuge des Klimawandels weiter ab, wird sich die Wasserknappheit weiter verschärfen. Dem stehen teils katastrophale Überschwemmungen in anderen Teilen des Landes gegenüber, wie z. B. am Yangzi-Fluss. Nach Auskunft des Ministeriums für Zivilverwaltung werden jährlich zwischen 200 und 400 Mio. Menschen Opfer von Erdbeben, Überflutungen, Tropenstürmen, Dürren oder Erdrutschen. Derartige Ereignisse verursachen jährlich Kosten in Höhe von ca. 20 Mrd. Euro. Während einerseits viele Landbewohner vom rasanten Wirtschaftswachstum profitieren, fallen andererseits ca. 10 Mio. Bauern aufgrund von Umweltdegradation jährlich wieder unter die Armutsgrenze zurück.

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass China mit gravierenden Umweltproblemen konfrontiert ist. Auch der zukünftige Klimawandel wird China stark betreffen. Nach Studien der Weltbank wird der durch den Klimawandel induzierte Anstieg des Meeresspiegels insbesondere die prosperierenden Küstengebiete Chinas treffen – 90 Mio. Menschen könnten von dann notwendigen Umsiedlungen betroffen sein. Nach einer aktuellen chinesischen Studie könnte Chinas Wirtschaftsleistung bis 2050 aufgrund des Klimawandels gar um 20 % schrumpfen.

Es gilt also festzuhalten, dass China in ökologischer Hinsicht unter den vielfältigen Auswirkungen des enormen Wirtschaftswachstums massiv leidet. Dabei geht es nicht nur um die Zahl der Opfer und die berechneten finanziellen Kosten. Es zeichnen sich auch vielfältige Verteilungskonflikte ab, die in Zukunft die Stabilität des politischen Systems in Frage stellen könnten. Damit erhält das vordergründig innerchinesische Thema auch international Brisanz.

China und der Westen in der globalen Umweltdebatte

China trifft seit einigen Jahren auf heftige internationale Kritik wegen seiner nicht gelösten ökologischen Probleme. Von „China als Gefahr für das globale Ökosystem“, ja vom „Klimakiller“ ist die Rede. Nachfolgend wollen wir die globale Dimension von Chinas wirtschaftli-